

Hinweise und Zusatzerklärungen

- des Weiteren: Auftraggeber -

Im Rahmen der Beauftragung des Rechtsanwaltes

- des Weiteren der Rechtsanwalt –

in Sachen

wird der Auftraggeber auf folgendes hingewiesen: *)

Belehrung gem. § 12 a Arbeitsgerichtsgesetz

Im Urteilsverfahren des ersten Rechtszuges besteht kein Anspruch der obsiegenden Partei auf Entschädigung wegen Zeitversäumnis und auf Erstattung der Kosten für die Zuziehung eines Prozessbevollmächtigten oder Beistandes.

Der vorgenannte Hinweis nach § 12 a ArbGG wurde am _____
durch _____ erteilt und erläutert.

Zustimmungserklärung gem. § 11 Abs. 8 RVG

Für die anwaltliche Tätigkeit in dieser Angelegenheit sind Rahmengebühren gem. § 14 RVG entstanden und mit Rechnung vom _____ in Höhe von _____ abgerechnet worden.

Dem Ansatz der geltend gemachten Rahmengebühren stimme ich hiermit ausdrücklich zu.

Abtretungserklärung gem. § 43 RVG

Sollte der Auftraggeber Ansprüche auf Kostenerstattung gegenüber der Staatskasse erlangen, tritt er diese in Höhe der gesetzlichen Vergütung an den Rechtsanwalt ab. Der Rechtsanwalt wird ermächtigt, im Namen des Auftraggebers diese Abtretung der Staatskasse bekanntzumachen.

Belehrung gem. § 49 b Abs. 5 BRAO

Der Rechtsanwalt hat mich vor Annahme des Mandates gem. § 49 b Abs. 5 BRAO darüber belehrt, dass in der vorbenannten Angelegenheit weder Betragsrahmen- noch Festgebühren der anwaltlichen Vergütungsberechnung zugrunde gelegt werden, die Vergütung vielmehr nach einem Gegenstandswert zu berechnen ist.

_____, den _____
(Ort) (Datum)

Die Abtretung wird angenommen:

(Unterschrift Rechtsanwalt)

(Unterschrift Auftraggeber)

*) Nicht zutreffendes bitte streichen